

GESUNDHEIT

Kassen kritisieren Arbeitsmoral der Ärzte

Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) sind mit der Arbeitsmoral der niedergelassenen Ärzte unzufrieden. Einer Forsa-Umfrage unter Medizinern zufolge, die der GKV-Spitzenverband in Auftrag gegeben hat, sind die Praxen in der Woche durchschnittlich nur knapp über 28 Stunden regulär für die Patienten geöffnet. 96 Prozent der Hausärzte machen zwar noch Hausbesuche oder bieten Termine nach Vereinbarung an. Deshalb

kommen sie auf insgesamt 36 Stunden. Von den Fachärzten bietet jedoch nur ein Drittel zusätzliche Sprechstunden an. „Da braucht sich niemand mehr zu wundern, warum viele kranke Menschen so lange auf einen Termin warten müssen, obwohl wir immer mehr Ärzte in Deutschland haben“, kritisiert Doris Pfeiffer, Vorsitzende des GKV-Spitzenverbands.

28

Stunden

den Arztpraxen durchschnittlich nur geöffnet.

GELDDANLAGE

Mehr Schutz vor dubiosen Vermittlern

Anleger sollen künftig besser vor dubiosen Tipps geschützt werden. So steht es in einem Gesetzentwurf, den die Bundesregierung bei ihrer Kabinettsitzung am Mittwoch beschließen will. Der Entwurf sieht vor, dass Anleger auf dem bisher kaum regulierten grauen Kapitalmarkt eine Art Beipackzettel bekommen müssen, der über alle finanziellen Risiken informiert. Die Anbieter von geschlossenen Fonds, Beteiligungen und Genussrechten sollen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kontrolliert werden. Auch für freie Vermittler von Finanzanlagen gelten bald strengere Regeln. Laut Gesetzentwurf müssen sie eine Prüfung ablegen, Beratungsprotokolle anfertigen und künftig auch ihre Provisionen offenlegen. Verbraucherschützer hatten gefordert, dass auch die freien Vermittler der BaFin unterstellt werden. Doch das hat die schwarz-gelbe Koalition verhindert.



ORESTIS PANAGIOTOU / PICTURE ALLIANCE / DPA

Anti-Spar-Demonstration in Athen 2010

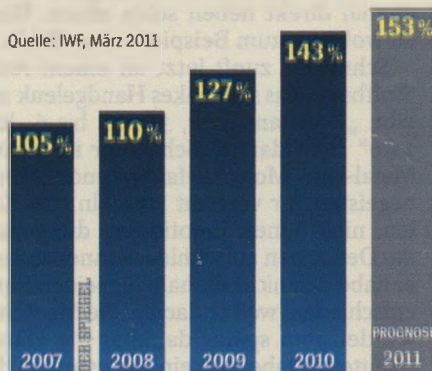
GRIECHENLAND-KRISE

IWF drängt auf Umschuldung

Der Internationale Währungsfonds (IWF) zweifelt am Erfolg der Rettungsmaßnahmen für Griechenland und drängt auf eine baldige Umschuldung des Landes. Die forderten hochrangige Vertreter des Währungsfonds in den vergangenen Tagen bei Gesprächen mit Delegierten europäischer Regierungen. Im IWF bahnt sich damit ein Kurswechsel an. Nun glaubt der Fonds offensichtlich selbst nicht mehr daran, dass sich das Land mit den bisherigen Maßnahmen sanieren lässt. Notwendig sei eine Verringerung der Schuldenlast von derzeit rund 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, argumentierten IWF-Vertreter gegenüber den Europäern. Denkbar sei ein Schuldenschnitt, die Verlängerung

Schuldenstand Griechenlands in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: IWF, März 2011



der Laufzeiten von Anleihen oder niedrigere Zinszahlungen. Alle drei Alternativen laufen darauf hinaus, dass Inhaber griechischer Staatsanleihen auf einen Teil ihrer Rendite verzichten müssen. Nach den Vorstellungen des IWF soll die griechische Regierung schon bald Gespräche mit ihren Gläubigern aufnehmen und ihnen die geplante Umschuldung mitteilen. Der IWF schreckt allerdings noch davor zurück, seine Überlegungen öffentlich zu machen, weil er fürchtet, das ebenfalls angeschlagene Portugal dadurch in noch größere Schwierigkeiten zu bringen.